

Raul Zelik*

In Verteidigung des Lebens

Über die Corona-Pandemie, die sozialökologische Großkrise und die Möglichkeit eines neuen Sozialismusbegriffs

Zusammenfassung: Die Corona-Pandemie hat die schon länger heraufziehende sozialökologische Großkrise vorweggenommen und verweist auf eine letztlich antagonistische Beziehung von Kapital und Leben. Dieser Widerspruch wirft die Frage auf, ob antikapitalistische Alternativen nicht grundsätzlich als »Projekte des Lebens« neu gedacht werden müssen. In diesem Sinne plädiert der Autor für einen Sozialismusbegriff, der zwar weiterhin die Eigentumsfrage als zentrales Machtverhältnis benennt, aber auf einem Care-Paradigma beruht, wie es in queerfeministischen Debatten skizziert wird – der Sorge um Menschen, Leben und soziale Beziehungen.

Schlagwörter: Corona, Pandemie, sozialökologische Krise, Sozialismus, Care, queerer Feminismus

In defense of life

About the Corona Pandemic, the socio-ecological large-scale crisis and the possibility of a new concept of socialism

Abstract: The corona pandemic has anticipated the looming socio-ecological system crisis and points to an ultimately antagonistic relationship between capital and life. This contradiction raises the question whether anti-capitalist alternatives should not be fundamentally rethought as »projects of life«. In this sense, the author pleads for a concept of socialism that, while continuing to name the question of property as a central power relationship, is based on a care paradigm as outlined in queer-feminist debates - the care for human beings, life in general and social relations.

Keywords: Corona, pandemic, socio-ecological crisis, socialism, care, queer feminism

* Raul Zelik war Associate Professor für Internationale Politik an der Nationaluniversität Kolumbiens und lebt als freier Autor in Berlin. Im Sommer 2020 erscheint sein Buch *Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und den grünen Sozialismus* (edition suhrkamp), auf dem der Beitrag beruht.

Viele linke Sozialwissenschaftler*innen haben in den vergangenen Wochen darauf hingewiesen, dass es im Zusammenhang mit der Corona-Krise wahrlich keinen Grund für Optimismus gebe. Bei der überall zu beobachtenden Hilfsbereitschaft handele es sich um den »Schrumpfsolidarismus« von Nationalgemeinschaften, schrieb Stephan Lessenich (2020), und Klaus Dörre (2020) stieß ins selbe Horn, als er daran erinnerte, dass die vermeintliche Entschleunigung des Augenblicks ein Klassenprivileg sei und mit einer Abkehr von Wachstumszwängen nichts zu tun habe.

Tatsächlich ist das dystopische Potenzial der Krise offenkundig: Die Bilder aus den Armenvierteln Delhis und Tegucigalpas, aber auch von den Schlangen vor den Lebensmitteltafeln in den USA vermitteln eine Vorstellung von der bevorstehenden Massenverelendung. Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen zu können, dass der Deglobalisierungs-Schock der letzten Wochen keine ökologische Konversion des Verkehrsmodells, sondern eine Verschärfung der Grenzregime nach sich ziehen wird. Hilfreich ist auch die Erinnerung von Renaud Lambert und Pierre Rimbart (2020), dass bereits nach der Finanzkrise 2008 grundlegende Beschränkungen der Marktmechanismen angekündigt wurden, die Regierenden dann aber doch schnell »auf den Weg des gewöhnlichen Wahnsinns (zurückkehrten), sobald das Unwetter vorüber war«. Auch wenn gerade überall davon die Rede ist, dass das öffentliche Gesundheitswesen besser ausgestattet und Pflegearbeit höher entlohnt werden sollte, müssen wir davon ausgehen, dass

die staatlichen Ausgabenprogramme in den meisten Ländern am Ende durch Reallohnverluste und neue Einschnitte bei der öffentlichen Daseinsvorsorge gegenfinanziert werden.

Dennoch haben die Autor*innen des Instituts für Gesellschaftsanalyse (2020) recht, wenn sie anmerken, dass die Krise zugleich ein Gelegenheitsfenster eröffnet und dass die Möglichkeiten emanzipatorischer Veränderung benannt werden müssen. Zum einen nämlich führt das Krisenmanagement vor Augen, was möglich wäre, wenn eine ökologisch-soziale Transformation politisch gewollt wäre: Im April 2020 ging der Flugverkehr in Deutschland um 85 Prozent zurück¹, ohne dass die Zivilisation zusammengebrochen wäre; die Versorgung mit Nahrung und Gütern des täglichen Bedarfs erweist sich trotz unterbrochener Wertschöpfungsketten als ziemlich stabil, was immerhin deutlich macht, dass »flourierende Wirtschaft« und materielle Versorgung zwei völlig unterschiedliche Angelegenheiten sind. Und schließlich ist es nach Jahrzehnten der neoliberalen Gehirnwäsche auch nicht ganz unbedeutend, dass öffentliche Ausgabenprogramme in Billionenhöhe beschlossen werden können, ohne dass der Staat deswegen pleite ginge.

Zum anderen, und das scheint mir noch entscheidender, verschiebt die Pandemie für einen kurzen historischen Moment den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Auf einmal stehen das Leben und die Sorge darum im Mittelpunkt der politischen Debatten,

1 »85 Prozent weniger Flugverkehr«, <https://www.tagesschau.de> (2.4.2020).

und es zeigt sich, dass kapitalistische Verwertung damit nicht nur wenig anfangen kann, sondern sich dadurch sogar bedroht sieht. Wenn marktliberale Extremisten wie Trump, Bolsonaro, FDP-Chef Lindner und Friedrich Merz »die Wirtschaft« vor einer allzu rigorosen Verteidigung des Lebens bewahren wollen, sagt das alles, was man über das Wesen kapitalistischer Führungseliten wissen muss. Damit die Kapitalverwertung nicht ins Stocken gerät, muss der Tod von Millionen Menschen in Kauf genommen werden. Nun mag schon sein, dass ein derartiger Zusammenhang auch vor der Pandemie schon zu erkennen gewesen wäre, doch im Unterschied zu den großen nationalen Narrativen, mit denen die wirtschaftlichen Motive von Kriegen verschleiert werden, kann das Sterben der Patient*innen kaum als heroische Tat inszeniert werden. Die Held*innen des Augenblicks sind keine Soldaten, die »für das Vaterland« sterben, sondern Pfleger*innen, Ärzt*innen und Putzkräfte, die das Leben zu bewahren suchen. Den verletzlichen Kranken gegenüber steht eine »Wirtschaft«, die vor den Bedürfnissen der Menschen beschützt werden muss. Selten hat sich das nekropolitische Kalkül (vgl. Mbembe 2003) bürgerlicher Ökonomie so plump offenbart wie in diesen Wochen.

Der sich offenbarende Antagonismus von Kapital und Leben stellt, wie ich im zweiten Teil dieses Artikels erörtern möchte, aber auch eine Herausforderung für die Linke dar: Er wirft die Frage auf, ob eine antikapitalistische Alternative nicht in erster Linie als ein Projekt des Lebens verstanden werden muss und inwiefern sich damit

Perspektiven für einen neuen – queer-feministischen und grünen – Sozialismusbegriff eröffnen.

Krisenmanagement

Zur Offenheit des historischen Moments gehört, dass das Krisenmanagement bisher keineswegs einem Masterplan zur Umstrukturierung folgt, sondern eher die Tiefenstrukturen der jeweiligen Regulationsmodelle offenbart. Während sich in den USA ein Laissez-Faire-Kapitalismus manifestiert, in dem der Staat zwar mit enormem Einsatz die Geldflüsse sichert², aber die Kranken ihrem Schicksal überlässt, kommt sowohl in Frankreich als auch in Spanien ein skurriler Militarismus zum Vorschein. Präsident Macron, der sich wie einst Charles de Gaulle als strafend-sorgender Vater der Nation inszeniert, lässt Polizei und Armee aufmarschieren. In Spanien werden die Pressekonferenzen trotz einer nominell linken Regierung von Generälen beherrscht. Hierzulande hingegen machen die staatlichen Maßnahmen den Eindruck, als solle die »sozialpartnerschaftlich« gehegte Klassenherrschaft vorübergehend eingefroren werden. So darf auf der einen Seite BMW 20.000 Beschäftigte in die staatlich finanzierte Kurzarbeit schicken, während der Konzern gleichzeitig 1,64 Milliarden Euro an Dividenden auszahlt³ – knapp die Hälfte davon an die beiden Geschwister Stefan Quandt

2 »\$2 Trillion Coronavirus Stimulus Bill Is Signed Into Law«, *New York Times* (27.3.2020).

3 »Dividende trotz Staatshilfe«, *Handelsblatt* (6.4.2020).

und Susanne Klatten. Auf der anderen Seite jedoch garantiert der Staat auch den unteren Klassen eine Absicherung, von der man in Südeuropa nur träumen kann. Begleitet wird dies von einer Sorge- und Solidaritätsrhetorik, die in Anbetracht der deutschen Haltung zu europäischen Corona-Bonds höhnisch wirken mag, aber sich eben doch auch positiv abgrenzt von den Kriegsmetaphern, wie sie anderswo längst nicht nur von Rechten verbreitet werden.⁴

Die auch von der Leopoldina (2020: 17) unterstützte Forderung nach Steuerenkungen oder die bereits im März erfolgte Lockerung des Arbeitszeitgesetzes verweisen allerdings darauf, dass unter dem Deckmantel des Krisenmanagements zunehmend strategische Interessen verhandelt werden. Welche Auseinandersetzungen hier zu erwarten sind und welche Positionen Linke, Gewerkschaften und soziale Bewegungen darin beziehen sollten, scheint mir auf der Hand zu liegen. 1) Da die staatlichen Programme finanziert werden müssen, werden sich die innergesellschaftlichen Verteilungskämpfe schon bald spürbar verschärfen. In diesem Zusammenhang muss

4 Tatsächlich teilten Linksradikale in Spanien in sozialen Netzwerken die Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, um darauf hinzuweisen, dass ein nicht-militaristischer Diskurs in der Gesundheitskrise möglich wäre. Reichlich paradox in Spanien war auch, dass Kinder während der Quarantäne zwei Monate lang die Wohnung nicht verlassen durften, während die Eltern die meiste Zeit davon normal arbeiten gehen sollten – wohlgerne unter der angeblich »linksten« Regierung Europas.

es aus emanzipatorischer Perspektive darum gehen, Vermögenssteuern, die Erhöhung von Spitzensteuersätzen oder auch *excess profit taxes* für Monopolkonzerne durchzusetzen (vgl. Saez/Zucman 2020). 2) Auf die proklamierte Aufwertung weiblich kodierter Pflegearbeiten und öffentlicher Infrastrukturen wird keine entsprechende Politik folgen – es sei denn, diese wird durch gesellschaftliche Kämpfe erzwungen. Dementsprechend sollten die Kämpfe von Care-Beschäftigten (vgl. Winker 2015; Dück 2018) ebenso in den Mittelpunkt progressiver Politik rücken wie die Stärkung der öffentlichen Daseinsfürsorge (vgl. Foundational Economy Collective 2019). 3) Nach dem relativ erfolgreichen Krisen-Containment in China ist zu beobachten, dass digitale Überwachungstechnologien eine nie da gewesene Legitimation erlangen. Hier gilt es, die Verfestigung der Grundrechtsbeschränkungen zu verhindern. 4) Die desaströse Politik der US-Administration, aber auch die unsolidarische Haltung der reichen EU-Staaten gegenüber Italien werden die geopolitischen Machtverschiebungen beschleunigen. Noch dringlicher als zuvor muss hier eine Position eingenommen werden, welche die linksliberalen Idealisierungen »des Westens« ebenso scharf zurückweist wie alle (von Teilen der traditionellen Linken gehegten) Illusionen in den aufstrebenden Akteur China. 5) Nach dem Zusammenbruch transnationaler Produktionsketten wird auch im bürgerlichen Lager über die Notwendigkeit einer Deglobalisierung nachgedacht. Das scheint sich auf den ersten Blick mit linken Forderungen nach einer ökologisch wünschens-

werten »Lokalisierung« der Produktion und nach politischer Souveränität (der Gesellschaft gegenüber dem Markt) zu decken. Doch unter den heute bestehenden Kräfteverhältnissen kann eine solche »Deglobalisierung« nur nationalistisch ausgestaltet werden und zu einer Verschärfung nicht nur der rassistischen Grenzregime, sondern auch der innerimperialistischen Konkurrenz führen. Die Herausforderung besteht darin, eine Politik zu formulieren, die die Kapital- und Warenströme zugunsten politischer Intervention einschränkt, aber Migration ermöglicht – die also ein echtes Gegenprojekt zur kapitalistischen Globalisierung mit ihrer Bewegungsfreiheit für das Kapital und ihrem harten Grenzregime für die unteren Klassen des Südens artikuliert.

»Perfect Storm«

Mir scheint es falsch, die Pandemie als Krise des Kapitalismus zu interpretieren. Plausibler ist, dass es sich um einen externen Schock handelt, der sich auch unter anderen Vorzeichen hätte ereignen können.⁵ Trotzdem wirkt die Pandemie wie ein Brandbeschleuniger,

5 Die von Mike Davis (2006) formulierte These, dass das Entstehen neuer Krankheiten auf die kapitalistische Agrarindustrie zurückzuführen sei, scheint mir bei der SARS2-Pandemie nicht wirklich überzeugend – zumindest nicht für den Fall, dass sich die Lungenkrankheit auf traditionellen Märkten entwickelt hat. Der Hinweis, dass die Zerstörung von Ökosystemen den Übersprung von Tierviren auf Menschen erleichtert (vgl. Shah 2020), geht in eine etwas andere Richtung. Auch die Zerstörung von Ökosystemen ist nicht spezifisch kapitalistisch.

der schon länger anbahnenden Krisen vorgreift und diese verschärft. Birgit Mahnkopf (2013) argumentiert bereits seit einigen Jahren, dass es sich bei diesen Krisenprozessen – dem Überschreiten biophysikalischer Grenzen (vgl. Rockström 2009), der Finanzialisierung (vgl. Arrighi 2010), der wachsenden globalen Ungleichheit (Chancel/Piketty 2015; Piketty 2014) und dem Siegeszug rechtsextremer Bewegungen (Geiselberger 2017) – nicht etwa um eine »multiple« (Demirović u.a. 2011) oder eine »ökonomisch-ökologische Doppelkrise« (Klaus Dörre)⁶ handelt, sondern um eine Art *perfect storm*. Mit diesem Hinweis will Mahnkopf deutlich machen, dass diese Prozesse nur in einem Gesamtzusammenhang erklärt werden können. Das geht einher mit dem theoretischen Anspruch, die Natur- und gesellschaftlichen Verhältnisse als sozialökologisches System zu analysieren, in dem Ökonomie, Stoffwechsel, Klassen- und Geschlechterbeziehungen kontingent, aber untrennbar verschränkt sind. Ökosozialistische Ansätze versuchen diesen Zusammenhang schon länger begrifflich zu fassen (vgl. Foster 2000; Altvater 2005; Saito 2017; Moore 2015).⁷

6 Seit einiger Zeit verwendet Dörre den Begriff der »Zangenkrise«, was auf eine engere Verschränkung der beiden Dynamiken verweist.

7 Am ambitioniertesten ist wahrscheinlich der *world-ecology*-Ansatz von Jason Moore (2015), der marxistische Werttheorie, die feministische Analyse der unentlohnten Aneignung von Haus- und Sorgearbeit, die Kritik der cartesianischen Scheidung von Mensch und Natur sowie die Thesen der Weltsystemtheorie miteinander zu verbinden sucht.

Meine These ist nun, dass diese Ansätze, die eine sozialökologische Systemkrise heraufziehen sehen, durch die Pandemie an Relevanz gewinnen. Denn selbst wenn die Krankheit einen externen Schock darstellt, der auch andere Gesellschaftsordnungen hätte ereilen können, bestätigt sie eine zentrale These des sozialökologischen Denkens: Der ökonomische Verwertungsprozess zerstört zwar Grundlagen des Lebens, bleibt aber stets eingebettet in eben dieses »Netz des Lebens« (Moore 2015). Diese Beobachtung wird im Augenblick auf dramatische Weise verifiziert. Wir erleben nicht nur, dass die Kommodifizierung der Gesundheitssysteme die Versorgung der Bevölkerung vielerorts bedroht, sondern auch, dass der Tod von Millionen Menschen in Kauf genommen wird, um einen Stillstand der Wertschöpfung zu verhindern. Das erinnert an die marxische These aus dem *Kapital*, wonach die kapitalistische Produktionsweise »die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter« (MEW 23: 530), verweist aber auch auf die eigenartige Verkehrung von Lebendigem und Totem in der bürgerlichen Gesellschaft: Da ist zum einen der paradoxe Umstand, dass sich Klassenverhältnisse im Kapitalismus auf die Macht stützen, welche die tote, »geronnene Arbeit« (d.i. das Kapital) über das Leben ausübt; zum anderen sind da aber auch die Fetischbeziehungen. Während Ware und Geld zum Leben erweckt sind, werden die sozialen Beziehungen zwischen den Menschen verdinglicht. Zugespitzt könnte man sagen: Das Kapital verwandelt uns in seine Untoten, die den Verwertungs-

zyklus am Laufen halten – bis zu dem Extrem, dass wir sterben müssen, um »die Wirtschaft« zu retten.

Ein feministischer Sozialismus

Klaus Dörre und Christine Schickert (2019) begründen ihren Anstoß zu einer »Neosozialismus«-Debatte damit, dass emanzipatorische Politik eines utopischen Horizonts bedarf. Wenn es stimmt, dass es sich bei dem heraufziehenden »großen Sturm« um eine sozialökologische Systemkrise handelt, die von der Pandemie nur zeitlich vorgezogen wird, dann müssen kritische Wissenschaften und Linke sich auch endlich der Aufgabe stellen, über die unverzichtbaren Abwehrkämpfe hinaus an einem Gegenprojekt zu arbeiten, das eine emanzipatorische Alternative wieder vorstellbar macht.

Die Corona-Pandemie kann dabei helfen, diese Debatte zu fokussieren. Was die Krise der Gesundheitsversorgung nämlich mit dem Kollaps der ökologischen Systeme verbindet, ist der Umstand, dass nur die Sorge um das Leben einen emanzipatorischen Ausweg weist.

Im Anschluss an die Aufforderung von Dörre und Schickert (2019) möchte ich dafür plädieren, dass wir an einem feministischen Sozialismusbegriff arbeiten, der das Care-Paradigma in den Mittelpunkt stellt. Der Begriff des Sozialismus scheint mir, obwohl er durch die stalinistische und sozialtechnokratische Politik des 20. Jahrhunderts nachhaltig diskreditiert wurde, deshalb unverzichtbar, weil die sozialistische Theorie die einzige ist, die das Eigentum als zentrale Machtressource

der bürgerlichen Gesellschaft begreift und den Prozess der Inwertsetzung schlüssig erklärt. Einen feministischen »reset« benötigt dieser Begriff insofern, als wir einen radikalen Paradigmenwechsel benötigen. Die klassische Nationalökonomie beschäftigte sich mit dem »Wohlstand der Nationen«, das sozialistische Denken kreiste um Klassenspaltung, Eigentum, Planung und Verteilung; unsichtbar verbunden waren beide Stränge durch die Frage nach der Steigerung der Produktivität. Beide Probleme – die Frage, wie materieller Reichtum in die Welt kommt und wie die Spaltung der Gesellschaft (bzw. ihre Entfremdung von sich selbst) überwunden werden kann – müssen auch in Zukunft beantwortet werden. Zugleich werden sie jedoch durch eine neue Fragestellung (im hegelschen Sinne) »aufgehoben«: nämlich durch die, wie der gesellschaftliche Stoffwechsel mit der Natur beschränkt werden kann. Sowohl die Corona-Pandemie als auch die ökologische Krise verweisen auf die Verbundenheit gesellschaftlich-materieller Strukturen in das »Netz des Lebens«.

Ein Care-Paradigma, das »von der Bedürftigkeit und Angewiesenheit der anderen (ausgeht), die zugleich unsere eigene ist« (Hark 2020) und diese Sorge über den anthropozentrischen Horizont hinausführt, ermöglicht diesen Perspektivwechsel. Mit Care-Paradigma ist hier nicht »pflegende« Arbeit im engeren Sinne oder die differenztheoretische Idee gemeint, dass »Frauen« einen anderen Blick auf das Soziale und »die Natur« hätten. Vielmehr geht es um das Konzept einer sorgenden Praxis im Sinne Donna Haraways (2018). Ausgehend von der feministischen

Debatte über unsichtbar gemachte reproduktive Arbeiten und der queeren Dekonstruktion essentialistischer Vorstellungen (von Natur und Geschlecht) fragt Haraway nach der Verwobenheit des Lebens und nach einem relationalen Denken, das von den Beziehungen ausgeht (vgl. Hoppe 2019). In eine ähnliche Richtung hat auch Bini Adamczak (2017) argumentiert, als sie einforderte, ein revolutionäres Projekt der Zukunft müsse von der »Beziehungsweise« her entfaltet werden: »Stärker als Gleichheit und Freiheit, die sich eher an einem äußerlichen Maßstab manifestieren – Verteilung von Gütern, Abwesenheit von direkten Zwängen –, erfordert das Verständnis der Solidarität ein Denken jenes *zwischen*, das den eigentlichen Lebensraum der Beziehungsweise bildet.« (Ebd.: 225)

Ein in diesem Sinne hinterfragter Sozialismusbegriff müsste von vorhandenen Ansätzen politischer Praxis ausgehen. Abschließend möchte ich zumindest skizzieren, was damit gemeint ist (ausführlicher: Zelik 2020). Ausgangspunkt eines utopischen Projekts muss sein, dass eine Gesellschaftsalternative nicht die Form eines Modells haben kann, das der Gesellschaft aufgeherrscht wird. Der einzig erfolgversprechende Ansatz ist, Sozialismus als eine Aneignungsbewegung zu begreifen, die gleichermaßen an Karl Marx und Friedrich Engels (MEW 3: 35) – »Kommunismus ist für uns nicht [...] ein *Ideal*, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird« – als auch an Karl Polanyi (1978: 311) anknüpft – »Sozialismus ist [...] Tendenz, über den selbstregulierenden Markt hinauszugehen, indem man ihn bewusst einer demokratischen Gesell-

schaft unterordnet.« Für eine derartige Aneignungsbewegung gibt es heute sechs Anknüpfungspunkte:

1) Soziale Kämpfe, in denen Menschen sich egalitär zusammentun und ermächtigen (dazu gehören demokratisierte Arbeitskämpfe, aber auch soziale Bewegungen und Solidarprojekte);

2) Ansätze der Wirtschaftsdemokratie (womit weniger die betriebliche Mitbestimmung als der Anspruch gemeint sind, ökonomische Prozesse gesellschaftlich zu kontrollieren und zu gestalten);

3) *Commoning*, also die kollektive Praxis zur Herstellung oder Pflege von Gütern zur gemeinsamen Nutzung (vgl. Helfrich 2014; Dyer-Wittford 2006);

4) *Caring*, hier verstanden als eine nicht-produktivistische Ökonomie gegenseitiger Sorge (vgl. Habermann 2016);

5) Solidarökonomie, also der transformatorische Teil der Genossenschaftsbewegung und

6) »Infrastruktursozialismus«, verstanden als politisch-institutionelle Praxis zum Ausbau entgeltfreier, kollektiver, öffentlicher Infrastrukturen (vgl. Steckner/Candeias 2014). Nur solche praktischen Ansätze gegen eine Kommodifizierung des Lebens scheinen mir einen Ausweg aus der heraufziehenden sozialökologischen Großkrise zu weisen, und nur das Prinzip der Sorge (um Menschen, Gemeinschaft und das uns umgebende Leben) eine emanzipatorische Perspektive zu eröffnen.

Literatur

Adamczak, Bini (2017): *Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende*. Berlin.

Altwater, Elmar (2005): *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen*. Münster.

Arrighi, Giovanni (2010): *The Long Twentieth Century. Money, Power, and the Origins of Our Times*. London-New York.

Chancel, Lucas / Piketty, Thomas (2015): *Carbon and Inequality. From Kyoto to Paris*. Paris.

Davis, Mike (2006): *Vogelgrippe. Zur gesellschaftlichen Produktion von Epidemien*. Hamburg-Berlin.

Demirović, Alex u.a. (Hrg.) (2011): *Vielfach-Krise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg.

Dörre, Klaus (2020): Nicht jede Krise ist eine Chance. URL: <https://jacobin.de/>, Zugriff: 21.4.2020.

Dörre, Klaus / Schickert, Christine (2019): *Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus*. München.

Dück, Julia (2018): Feministischen Klassenpolitiken in Kämpfen um soziale Reproduktion. In: *Sub\urban* 6(1): 129-140. DOI: <https://doi.org/10.36900/suburban.v6i1.343>

Dyer-Witthford, Nick (2006): The circulation of the Common. URL: <http://dlc.dlib.indiana.edu>, Zugriff: 21.4.2020.

Foster, John Bellamy (2000): *Marx's Ecology*. New York.

Foundational Economy Collective (2019): *Die Ökonomie des Alltagslebens - Für eine neue Infrastrukturpolitik*. Berlin.

Geiselberger, Heinrich (Hg.) (2017): *Die große Regression*. Berlin

Habermann, Friederike (2016): »Commons & Care. Der Weg über Halbinseln des anderen Wirtschaftens«, in: AK Postwachstum (Hg): *Wachstum. Krise und Kritik*, Frankfurt/M.: 223-244.

Haraway, Donna (2018): *Unruhig bleiben. Die Verwandtschaft der Arten im Chthuluzän*. Frankfurt/M.-New York.

Hark, Sabine (2020): Die Netzwerke des Lebens. URL: <https://www.fr.de> (3.4.2020).

Helfrich, Silke / Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2014): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld.

Hoppe, Katharina (2019): Donna Haraways Gefähr*t*innen. Zur Ethik und Politik der Verwobenheit von Technologien, Ge-

- schlecht und Ökologie. In: *Feministische Studien* 37(2): 250-268.
- Institut für Gesellschaftsanalyse (2020): *Ein Gelegenheitsfenster für linke Politik? Wie weiter nach der Corona-Krise*. Berlin. URL: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de>, Zugriff: 21.4.2020.
- Lambert, Renaud / Rimbart, Pierre (2020): Marktlogik und Katastrophenmedizin. URL: <https://monde-diplomatique.de>, Zugriff: 21.4.2020.
- Leopoldina (2020): *Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden*. Halle. URL <https://www.leopoldina.org>, Zugriff: 21.4.2020.
- Lessenich, Stephan (2020): Auch die Solidarität bleibt daheim. URL: <https://www.woz.ch/> (9.4.2020).
- Mahnkopf, Birgit (2013): Peak Everything – Peak Capitalism? Folgen der sozial-ökologischen Krise für die Dynamik des historischen Kapitalismus. Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, Nr. 02/2013. Jena. URL: <http://www.kolleg-postwachstum.de>, Zugriff: 21.4.2020.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich (1956ff.): *Marx-Engels-Werke* (MEW). Berlin.
- Mbembe, Achille (2003): Necropolitics. In: *Public Culture* 15(1): 11-40. DOI: <https://doi.org/10.1215/08992363-15-1-11>.
- Moore, Jason (2015): *Capitalism in the Web of Life*. London.
- Piketty, Thomas (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München.
- Polanyi, Karl (1973): *The Great Transformation*. Frankfurt/M.
- Rockström, Johan u.a. (2009): Planetary boundaries: Exploring the safe operating space for humanity. In: *Ecology and Society* 14(2): 32.
- Saez, Emmanuel / Zucman, Gabriel (2020): *Der Triumph der Ungerechtigkeit. Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert*. Berlin.
- Saito, Kohei (2017): *Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus*. Frankfurt/M.-New York.
- Shah, Sonia (2020): Von Tier zu Mensch. In: *Le Monde diplomatique*, 21.3.2020. URL: <https://taz.de/>, Zugriff: 21.4.2020.
- Steckner, Anne / Candeias, Mario (2014): »Geiz ist gar nicht geil. Über Konsumweisen, Klassen und Kritik«. In: *RLS Standpunkte* 11/2014. Berlin.
- Winker, Gabriele (2015): *Care-Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld.
- Zelik, Raul (2020): *Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und einen grünen Sozialismus*. Berlin.